



Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

IWH-Pressemitteilung 56/2009

Halle (Saale), den 15. September 2009

Konjunktur aktuell: Prognose-Update des IWH: Deutsche Konjunktur am Ende der Talfahrt – mit Ausnahme des Arbeitsmarktes

Weltkonjunktur dank Wirtschaftspolitik auf Erholungskurs

Die scharfe Rezession der Weltwirtschaft scheint im Sommer zu ihrem Ende gekommen zu sein. Die Industrieproduktion nimmt in den meisten entwickelten Volkswirtschaften in der Tendenz wieder zu, ebenso der Welthandel. Schon im zweiten Quartal war die gesamtwirtschaftliche Produktion in den USA und in Großbritannien nur noch stark verlangsamt gesunken, im Euroraum stagnierte sie. In Japan haben Nachfrage und Produktion sogar deutlich zugelegt; das Land profitiert wie der gesamte ostasiatische Raum von der raschen Wiederbelebung der chinesischen Konjunktur. Dort haben die staatlich verordnete Kreditexpansion sowie die Infrastrukturprogramme schon seit dem Frühjahr die gesamtwirtschaftliche Aktivität stimulieren können.

Auch in den USA und in Westeuropa ist das Abebben der Rezession ein Erfolg der Wirtschaftspolitik. Die Fülle an Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte, vor allem die Eigenkapitalspritzen für Banken sowie staatliche Garantien von Bankschuldverschreibungen, hat im Lauf des Jahres wieder ein Mindestmaß an Vertrauen entstehen lassen. So ist eine Reihe von Risikoprämien, etwa die Zuschläge für unbesicherte Kredite auf den Interbankenmärkten, gegenüber dem Winterhalbjahr stark gefallen – freilich bei Weitem noch nicht auf ihre Vorkrisen-Niveaus. Die reichliche Bereitstellung von Liquidität durch die Zentralbanken und Leitzinsen von nahe null für die wichtigsten Währungen tragen zur weltweiten Stabilisierung des Finanzsektors bei. Die Beruhigung an den Finanzmärkten ist wohl der wesentliche Grund für die Erwartung einer baldigen Erholung der Weltwirtschaft, wie sie sich in den seit dem Frühjahr auf breiter Front gestiegenen Aktienkursen und Rohstoffpreisen widerspiegelt. In den USA und in Großbritannien scheint auch der Immobilienpreissturz zu Ende gegangen zu sein. In fast allen Industrieländern zeigen Umfragen, dass Unternehmen und Haushalte nach und nach weniger pessimistisch in die Zukunft schauen.

In der zweiten Jahreshälfte 2009 wird die Weltwirtschaft von der Stimmungsaufhellung bei den Unternehmen profitieren: Lager werden wieder aufgefüllt oder zumindest nicht mehr so drastisch abgebaut. Ein gewisser Nachfrageschub kommt von den im vergangenen Winter beschlossenen öffentlichen Konjunkturprogrammen, die vielerorts erst noch umgesetzt werden müssen. Dennoch wird sich in diesem und wohl auch im nächsten Jahr kein kräftiger weltwirtschaftlicher Aufschwung entwickeln. Dafür spricht eine ganze Reihe von Gründen: So wird die Finanzpolitik in einigen Ländern mit besonders kritischer Lage der öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum schon wieder restriktiv ausgerichtet sein. Zudem wird sich die Lage auf den Arbeitsmärkten überall noch eine Zeit lang verschlechtern. Arbeitseinkommensverluste und Arbeitsplatzunsicherheit werden die Konsumgüternachfrage in allen Industrieländern mehr oder weniger stark dämpfen. In den USA und einigen westeuropäischen Ländern, etwa Großbritannien, kommt dazu noch die durch den Fall der Immobilienpreise wesentlich verschlechterte Vermögensposition der privaten Haushalte. Schließlich besteht im Finanzsektor nach wie vor ein erheblicher Konsolidierungsbedarf, der eine hohe Achtsamkeit bei der Überwachung der Finanzmarktlage erfordert. Allerdings ist eine weitere Stabilisierung des Finanzsektors das wahrscheinlichste Szenario; die vorliegende Prognose beruht auf diesem.

Ein wesentliches Risiko für die Weltwirtschaft besteht zudem in den großen Herausforderungen, die das Ende der Rezession für die Wirtschaftspolitik mit sich bringt. Dabei geht es nicht nur darum, den richtigen Zeitpunkt für eine Rückführung der expansiven geld- und finanzpolitischen Maßnahmen zu finden. Besonders die Neuordnung der Rahmenbedingungen für den Finanzsektor kann über den Einfluss auf die Erwartungen von Unternehmen und Haushalten auch kurzfristig erhebliche – positive wie negative – realwirtschaftliche Effekte haben.

Erholung der Weltwirtschaft überträgt sich auf Deutschland

Nach dem starken Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität im Winterhalbjahr erwartete das IWH noch im März dieses Jahres für das Jahr 2010 einen Rückgang des deutschen Bruttoinlandsproduktes um 0,2%.¹ Nun deutet sich ein Anstieg um 0,9% an, vor allem weil Deutschland bereits ab

¹ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Konjunkturelle Talfahrt hält vorerst an, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2009, S. 158 ff.

Sperrfrist:
15. Sept. 2009,
14:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Müller
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner:

Oliver Holtemöller
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-800
E-Mail:
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundeswirtschaftsministerium (BMWi),
Bundesministerium der Finanzen (BMF),
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS),
Bundeskanzleramt

Wissenschaftliche

Schlagworte:

Konjunktur, Prognose,
Finanzmärkte,
Weltwirtschaft, Deutschland,
Arbeitsmarkt, öffentliche
Finanzen

Aktueller Bezug:

Vierteljährlich erscheinende
Konjunktur-Prognose

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61,
06017 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 7753-60
Fax: (0345) 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

dem zweiten Halbjahr 2009 vom anziehenden Welthandel profitiert. Die deutsche Exportindustrie war aufgrund ihres Spezialisierungsmusters besonders vom weltweiten Einbruch der Investitionstätigkeit betroffen. Während die deutschen Produzenten in der vergangenen Aufschwungphase ihre Auslandsumsätze aufgrund des hohen Anteils von Investitionsgütern am Gesamtexport erheblich ausweiten konnten, brachen die Ausfuhren ab Herbst vergangenen Jahres stärker ein als in vielen anderen Industrieländern. Im Prognosezeitraum werden die Ausfuhren mit der allmählichen Belebung der Weltkonjunktur jedoch wieder Fahrt aufnehmen. Schon im Frühjahr stiegen die Auftragseingänge aus dem Ausland etwas an, und die Warenausfuhren waren in den vergangenen Monaten bereits leicht aufwärtsgerichtet. Nicht nur die Lieferungen nach Asien, sondern auch nach Westeuropa und in die USA zogen an. Dagegen entwickelten sich die Ausfuhren in die mittel- und osteuropäischen Länder rückläufig. Im weiteren Verlauf wird sich die Exportdynamik zunehmend verstärken.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2009 und 2010

	2008	2009	2010
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	0,4	0,5	-0,7
Staatskonsum	2,0	2,8	1,2
Anlageinvestitionen	3,1	-9,3	0,5
Ausrüstungen	3,3	-20,8	0,4
Bauten	2,6	-1,5	0,5
Sonstige Anlagen	5,3	5,0	2,0
Inländische Verwendung	1,7	-2,0	-0,2
Exporte	2,9	-15,1	4,9
Importe	4,3	-9,4	2,4
Bruttoinlandsprodukt	1,3	-5,2	0,9
<i>Nachrichtlich:</i> USA	0,4	-2,5	2,1
Euroraum	0,7	-4,0	0,8
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	1,3	-3,4	-2,0
Effektivlöhne je Stunde	2,4	2,8	1,2
Lohnstückkosten ^a	2,2	4,9	-1,8
Verbraucherpreisindex	2,6	0,3	0,4
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	40 279	40 033	39 073
darunter: Kurzarbeiter	102	1168	775
Arbeitslose ^c	3 268	3 544	4 485
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	7,5	8,1	10,3
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	0,0	-3,2	-5,4

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 11.09.2009).

Bedingt durch die exportinduzierten Vorleistungsimporte werden auch die Einfuhren im Prognosezeitraum nach und nach wieder expandieren. Allerdings wird die stagnierende Konsumgüternachfrage den Importzuwachs dämpfen, sodass dieser hinter den Ausfuhrsteigerungen zurückbleibt. Insgesamt trägt der Außenhandel im Prognosezeitraum maßgeblich zum Produktionsanstieg bei.

Der private Konsum wird nach einem leichten Anstieg um 0,5% in diesem Jahr 2010 um 0,7% sinken. Die Umweltprämie, einkommenserhöhende Bestandteile der Konjunkturpakete, aber auch das Urteil zur Pendlerpauschale haben in den ersten beiden Quartalen 2009 dazu beigetragen, dass der private Konsum um 0,2% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist.² Mit Auslaufen der

² Rechnet man alle Käufe von Personenkraftwagen heraus, so hätte sich der private Konsum um 1,0% vermindert (Pressemitteilung Statistisches Bundesamt Nr. 316 vom 27.08.2009: Anstieg des privaten

Umweltprämie im dritten Quartal 2009 wird jedoch die Nachfrage nach Pkw zurückgehen. Da zusätzliche Käufe auch durch geringere Ersparnis oder Entsparen finanziert wurden, ist wieder mit einem Anstieg der Sparquote zu rechnen. Zudem liefert die zu erwartende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ein Motiv für Vorsichtssparen. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit werden die Verdienstzuwächse geringer ausfallen als in den Vorquartalen, und die Einkommen werden stagnieren. Reale Einkommensverluste sind nicht zu erwarten, da die Preise im Jahr 2010 stabil bleiben werden; alles in allem wird der private Konsum jedoch sinken.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wird vorerst rückläufig sein und vorwiegend auf Rationalisierung und Ersatz ausgerichtet bleiben. Die Ausrüstungsinvestitionen haben nach dem kräftigen Einbruch im Winterhalbjahr zuletzt nur noch wenig nachgegeben. Hintergrund ist die Aufhellung der Perspektiven für die Inlands- und Auslandsnachfrage. Allerdings liegt die Auslastung der im letzten Aufschwung kräftig ausgeweiteten Produktionskapazitäten trotz leichter Erhöhung immer noch auf historisch niedrigem Niveau. Eine Tendenzwende ist erst im Verlauf des Jahres 2010 zu erwarten, wenn sich die konjunkturelle Erholung in der Welt weiter gefestigt hat. Die Investitionsneigung befördern dürften dann die bei rückläufigen Lohnstückkosten wieder etwas steigenden Gewinnerwartungen der Unternehmen. Auch sollten die geringeren Geschäftsrisiken den Zugang zu Krediten tendenziell erleichtern. Zudem werden Vorzieheffekte wegen des Auslaufens der temporär wirkenden degressiven Abschreibung die Investitionstätigkeit am Ende des Prognosezeitraums stimulieren.

Die Baunachfrage hat sich im Frühjahr kräftig belebt. Neben der zügigen Aufarbeitung der witterungsbedingt zurückgestellten Projekte aus dem ersten Quartal haben auch Auftragsbestände im gewerblichen Tiefbau und im öffentlichen Bau dazu beigetragen. Im weiteren Verlauf dieses und insbesondere des nächsten Jahres werden die im Rahmen der Konjunkturpakete bereitgestellten Mittel die Bauinvestitionen anregen. Auch die Modernisierung des Wohnungsbestandes und die energetische Sanierung werden angesichts niedriger Hypothekenzinsen die Baunachfrage im gesamten Prognosezeitraum stützen, wegen der schwachen Einkommensentwicklung jedoch nur leicht. Der Wirtschaftsbau erhält dagegen erst im späteren Verlauf des nächsten Jahres – wenn auch nur geringe – Impulse.

Rezession greift auf Arbeitsmarkt über

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich trotz der leichten Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Produktion weiter verschlechtert. Das geleistete Arbeitsvolumen nahm im zweiten Quartal dieses Jahres um 0,5% und die Zahl der Erwerbstätigen um 0,3% gegenüber dem Vorquartal ab. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg um 130 000 Personen.

Es hat verschiedene Ursachen, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt – gemessen an der Schwere des konjunkturellen Einbruchs – noch nicht ungünstiger entwickelt hat. Zum einen haben die Unternehmen die geleistete Arbeitszeit ihres Personalbestandes deutlich verringert, indem sie vor allem Arbeitszeitkonten abgebaut und die vom Gesetzgeber erweiterten Kurzarbeiterregelungen in Anspruch genommen haben. So dürften im zweiten Quartal dieses Jahres etwa 1,4 Millionen Personen beziehungsweise 4% aller abhängig Beschäftigten Kurzarbeitergeld bezogen haben. Zum anderen hat die in den vergangenen Jahren geübte Lohnzurückhaltung die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessert und zur Beschäftigungssicherung beigetragen.

Der drastische Rückgang der Produktion bei einem bislang nur wenig geschrumpften Personalbestand hat dazu geführt, dass die Arbeitsproduktivität deutlich abgenommen hat. Dabei ist die auf eine Person bezogene Produktivität spürbar stärker gesunken als die auf eine geleistete Arbeitsstunde bezogene. Obwohl der überwiegende Teil der Lohnkosten für die Kurzarbeiter durch den Staat kompensiert wird, verbleiben die fixen Kosten bei den Unternehmen. Der damit einhergegangene Anstieg der Produktionskosten hat die preisliche Wettbewerbsposition der Unternehmen verschlechtert. Viele Unternehmen werden deshalb – über kurz oder lang – gezwungen sein, trotz der allmählich wieder an Fahrt gewinnenden Produktion ihre Kosten deutlich zu senken. Dies führt dazu, dass im weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres der Personalbestand in den Unternehmen kräftig reduziert wird. Ende des Jahres 2010 werden nur noch 39,4 (saisonbereinigt 39,0) Millionen Personen erwerbstätig sein, und 4,2 (saisonbereinigt 4,5) Millionen Personen werden dann arbeitslos sein. Die Anzahl der Erwerbstätigen und die Anzahl der registrierten Arbeitslosen befinden sich dann in etwa auf dem gleichen Niveau wie vor dem kräftigen konjunkturellen Aufschwung im Jahr 2006.

Öffentliche Haushalte geraten unter Konsolidierungsdruck

Die Lage der öffentlichen Haushalte verschlechtert sich im Prognosezeitraum merklich. Wies der öffentliche Gesamthaushalt in den Vorjahren noch geringfügige Überschüsse aus, so wird die Defizitquote im Prognosezeitraum kräftig zunehmen. Ursächlich sind mehrere Faktoren. Zum einen

Konsums infolge der Umweltprämie für Pkw. http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/08/PD09_316_811,templated=renderPrint.psml, Zugriff am 11.09.2009.) Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass zusätzliche Autokäufe zumindest partiell mit einer Substitution anderer Konsumgüter einhergehen.

ist die Finanzpolitik deutlich expansiv ausgerichtet; mit den Konjunkturpaketen sind Maßnahmen zur Abfederung des wirtschaftlichen Einbruchs beschlossen worden. Diese Effekte liegen im Jahr 2009 bei einer Größenordnung von 1,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und im Jahr 2010 bei 2%. Zum anderen wirkt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts steuermindernd. Vor allem aber wird die Wirtschaftskrise die Staatsfinanzen im Prognosezeitraum belasten.

Bereits zum Ende des vergangenen Jahres entwickelten sich die Einnahmen aus den Gewinnsteuern verhalten; im ersten Halbjahr 2009 sind sie gesunken. Im weiteren Prognosezeitraum ist mit deutlichen Einnahmerückgängen zu rechnen, insbesondere bei der Körperschaftsteuer. Außerdem werden die Einnahmen bei der Gewerbesteuer um sieben Mrd. Euro geringer ausfallen als im Vorjahr. Angesichts der Schwere des wirtschaftlichen Einbruchs erweisen sich die beiden aufkommenstärksten Steuern bislang hingegen noch relativ stabil. So sinkt die Lohnsteuer zwar, jedoch um spürbar weniger, als aufgrund der Wirtschaftskrise hätte erwartet werden können, denn die Lohnsumme ist bisher nur wenig zurückgegangen. Wenn die Krise Ende des Jahres auf den Arbeitsmarkt durchschlägt, dürfte sich dies schnell ändern und die Einnahmen aus der Lohnsteuer werden merklich zurückbleiben. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer sind ebenfalls noch bemerkenswert robust. Die Wirtschaftskrise zeigte sich bisher vor allem in einem Einbruch der Exporte, und diese sind nicht mit Umsatzsteuer belastet. Wenn die konsumstützenden Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen nun auslaufen und zudem die Arbeitsmarktsituation zu Konsumzurückhaltung führt, werden die private Endnachfrage und mit ihr die allgemeinen Verbrauchsteuereinnahmen zurückgehen.

Die Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen werden im Jahr 2009 um 1,6% zunehmen. Dies liegt allerdings zum einen daran, dass mit der Einführung der Krankenversicherungspflicht die privaten Krankenversicherungen nun im Staatskonto berichtet werden. Zum anderen stabilisiert die noch relativ günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt die Einnahmen und sorgt dafür, dass bis Mitte des Jahres lediglich die Bundesagentur für Arbeit (BA) in laufender Rechnung Defizite aufwies. Die BA muss nicht nur die temporäre Senkung des Beitragssatzes verkraften, sie hat auch die Folgen der Kurzarbeit zu tragen. So muss sie neben den Ausgaben für Kurzarbeitergeld den größten Teil der Beiträge an die anderen Sozialversicherungszweige erbringen, wobei nur bei ihr die Beiträge für Kurzarbeit entfallen. Darüber hinaus ist die Zahl der Arbeitslosen zwar bisher nur wenig gestiegen, doch auch damit sind expandierende Ausgaben für Arbeitslosengeld verbunden. Mit zunehmenden Verspannungen am Arbeitsmarkt werden die Einnahmen aus Sozialbeiträgen nur noch wenig zulegen, und die Finanzlage der Sozialkassen wird sich im Prognosezeitraum merklich verschlechtern.

Alles in allem wird die Defizitquote im Jahr 2009 mit 3,2% angesichts der Schwere und Tiefe der Rezession sowie der ergriffenen konjunkturpolitischen Maßnahmen noch relativ gering sein. Im Jahr 2010 wird sie bei 5,4% liegen. Ein ähnliches Ausmaß hatte die Defizitquote seit Bestehen der Bundesrepublik erst ein Mal; im Rezessionsjahr 1975 lag sie bei 5,6%.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Prof. Dr. Oliver Holtemöller

Tel.: +49 (0) 345/7753-800, E-Mail: Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Stefanie Müller

Tel.: +49 (0) 345/7753-720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) widmet sich der Erforschung der Entwicklungen „Von der Transformation zur europäischen Integration“. Dieses Forschungsprofil ist auf zwei Bereiche konzentriert: Programmbereich I befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration, Programmbereich II mit der Analyse von Transformationsprozessen. Unter dem allgemeinen Forschungsthema genießt die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besondere Aufmerksamkeit. Das IWH ist in drei wissenschaftlichen Abteilungen organisiert: Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik. Die Forschung wird in inhaltlich definierten Forschungsschwerpunkten durchgeführt, die auf mittlere Frist eingerichtet sind und abteilungsübergreifend spezifische Kompetenzen bündeln. Diese Forschungsschwerpunkte sind als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung zu verstehen. Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.